

## Es gilt das gesprochene Wort!

Hinweis: Diese Rede kann hier als Video abgerufen werden:

<http://www.landtag.ltsh.de/aktuelles/mediathek>

LANDTAGSREDE – 27. April 2022

**Bernd Heinemann:**

### **Die Gesundheitsversorgung ist eine zentrale Zukunftsaufgabe**

**TOP 14+17: Anträge zu Gesundheitsberufe brauchen Freiheit - Einrichtungsbezogene Impfpflicht zurücknehmen und Sektorenverbindende medizinische und pflegerische Versorgung in Schleswig-Holstein für die Zukunft sichern – Versorgungssicherungsfonds als landesspezifisches Innovations- und Erfolgsmodell ausbauen (Drs. 19/3804, 19/3808)**

„Bei der letzten Landtagstagung ging ich davon aus, dass ich schon meine letzte Rede gehalten hatte, aber da sie darauf bestehen, dass wir noch einmal ein Loblied für Leistungen der laufenden Legislaturperiode zum Ausdruck bringen sollten, will ich mich dem als Gesundheitspolitiker auch nicht verschließen.

Die Gesundheitsversorgung im Land hat und hatte immer Höhen und Tiefen, die Gesundheitssituation von Ärzten, Pflegenden und Patienten in Schleswig-Holstein macht aber auch Sorgen. Nicht nur, dass die Patienten im echten Norden an der Spitze der Häufigkeit von ärztlichen Kontakten in Deutschland liegen, wie der Arztreport der BARMER ausgewiesen hat, auch der Druck und die ärztliche Belastung in den Kliniken nehmen weiter zu, auch bei uns. Die Gesundheitsversorgung ist eine zentrale Zukunftsaufgabe. Unsere weiten Flächen mit vielen Inseln und Halligen stellen uns vor Herausforderungen. So, wie wir in einigen Gesundheitsberufen die Ausbildungskosten schon in der Küstenkoalition beseitigt haben, muss es weiter gehen. Es fehlten immer noch Logopäden und Rheumatologen und die Situation der Hebammen und Physiotherapeuten müssen wir ebenfalls im Blick behalten. Ansetzen können wir z.B. besonders bei den sehr aktiven Praxisnetzen im Land.

Auch die Portalpraxen der Kliniken haben bei der Überwindung der Sektorengrenzen schon einen besonderen Beitrag geleistet. Es geht aber heute um den Versorgungssicherungsfond, der im Koalitionsvertrag der Jamaika Koalition als eine Idee aus Zeiten der Küstenkoalition überlebt hat und richtigerweise auch festgeschrieben wurde.

Unbestritten hat sich die Entscheidung von 2018 an bewährt. Seither sind davon schon ca. 30 Projekte auf den Weg gebracht worden. Gerade im Bereich der ambulanten Versorgung hat sich gezeigt, dass das Land hier immer wieder zum Impulsgeber werden sollte, um den Kommunen bei ihrer wichtigen Versorgungsaufgabe zur Seite zu stehen. Von der Verbesserung der Versorgung schmerzkranker Patientinnen und Patienten über die Reaktivierung der Gemeindeschwester im Amt Hürup als MVZ eines Pflege-trägers bis zur

sektorenübergreifenden Versorgung invasiver Eingriffe. Mit dem Versorgungssicherungsfond soll der Weg zur Überwindung der Sektorengrenzen in Schleswig-Holstein vorangebracht werden.

Überall in Schleswig-Holstein gibt es Bemühungen, die Sektoren zu überwinden. Gerade z.B. beim Entlass-Management ist ein über die Sektoren greifender Behandlungsprozess auch für die Einbeziehung nachgelagerter Pflegeeinrichtungen mit digitaler Infrastruktur sinnvoll, dies hat das geförderte Projekt im Krankenhaus Reinbek gezeigt. Der Versorgungssicherungsfond bildet eine Klammer zwischen den Aufgaben des Landes, für eine landesweite Sektorenüberwindung zu sorgen, und den kommunalen Aufgaben der Daseinsvorsorge. Kurz und gut: Eine gute medizinische Versorgung vor Ort ist unabdingbar. Dafür müssen wir Schritt für Schritt Konzepte entwickeln, um die ärztliche Tätigkeit auf dem Land für junge Mediziner\*innen attraktiver gestalten zu können. Für den Fond ist in der Gesundheitsversorgung unsere Idee von der Vor-Ort-für-dich-Kraft ein gutes Angebot, das die Quartiers- und Dorfentwicklung auch in der Gesundheitsversorgung, wie ja schon in Hürup erprobt, stärken wird. Der richtige Weg führt in eine bessere Vernetzung der medizinischen Angebote. Der Einsatz von E-Health und Telemedizin bietet dabei zusätzliche Sicherheit. Abgesehen von dem Zeitpunkt des Antrages, so kurz vor dem achten Mai, ist das Anliegen selbst natürlich zu unterstützen, denn es entspricht auch unserem Koalitionsvertrag, den wir nach dem 8. Mai schließen werden. Der Antrag der AfD ist nach so vielen gestorbenen Menschen in Alten- und Pflegeheimen schlicht eine Provokation. Noch ein Wort zum Abschied. Der Werbeblock als Vizevorsitzender der Parlamentarischen Gesellschaft SH. Alle, die mit mir aus dem Parlament ausscheiden oder neu ins Parlament eintreten. Werden Sie Mitglied bei uns, wir sehen uns dann von Zeit zu Zeit im Haus B wieder. Herzlich willkommen und Tschüß.“